

Die Handwerkervorlage

ist vom Reichstage endlich verabschiedet worden und zwar wesentlich nach den Vorschlägen der verbündeten Regierungen. Sie entspricht in ihrer Fassung nicht schlechthin den Erwartungen der ausgesprochenen Freunde der alten Zunftverfassung. Denn sie sieht von der obligatorischen Zwangs-einnahme und der grundsätzliche Einführung des Befähigungsnachweises ab. Aber die Befürworter eines einheitlich und streng durchgeführten Innungs-zwanges und des Befähigungsnachweises haben doch guten Grund, sich des Erreichten zu erfreuen. Es stellt immerhin eine reichliche Abgeltungszahlung auf ihre Wünsche dar und entspricht genau demjenigen, was zur Zeit überhaupt möglich war.

Es ist für sie schon von Werth, daß die verbündeten Regierungen sich als aufrichtige Freunde des Handwerks bethätigt haben. Das erweckt Vertrauen für die Zukunft. Die Regierungen wären dem Handwerk, wie der frühere Handwerksorganisations-Entwurf des Ministers v. Wertheß beweist, auch gegenwärtig gern noch weiter entgegengekommen, wenn es nur nach ihren Wünschen gegangen wäre. Aber unter den ob-waltenden Verhältnissen durften sie bestimmte Grenzen nicht überschreiten.

Man darf nicht vergessen, daß in den süddeutschen Bundesstaaten die Begeisterung für die Zwangseinnahme sichtlich nur eine sehr geheilte gewesen ist. Dort sind im Laufe der Jahre aus dem freien Zusammenschluß der Handwerker ganz lebensfähige Schöpfungen hervorgegangen, welche dem Handwerk eine gute Organisation und einen Hebel zu fruchtbringender Fortentwicklung bieten. Die süddeutsche Strömung ist zur Zeit nicht geneigt, diese Ergründungsarbeiten im allgemeinen Reichsinteresse preiszugeben; und die auf die Gewerbefreiheit eingeschworene freisinnige Presse hätte hier gerade die Hebel angelegt, um eine allgemeine deutsche Handwerksorganisation auf dem Boden der Zwangseinnahme zu hinterreiben.

Mit dieser Aufgabe hatten die verbündeten Regierungen zu rechnen. Wollten sie überhaupt dem Handwerk nützlich sein, so mußten sie sich mit dem zunächst Erreichbaren begnügen und doch zugleich Grundlagen schaffen, auf denen sich das Handwerk im Sinne der Freunde einer straffen Handwerksorganisation orientieren konnte. Dies ist hinreichend geschehen. Die Bestimmungen des § 100, nach welchen von den Behörden die Bildung einer Zwangsinnung angeordnet werden kann, sobald die Mehrheit der beteiligten Handwerker der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt und die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht, — diese Bestimmungen haben Geseftschaff erlangt und leisten den Freunden der obligatorischen Zwangsinnung unstreitig großen Vorjubel.

Nach die zum Schluß noch angenommene Resolution, durch welche die verbundenen Regierungen in der nächsten Session um Vorlage eines Gesetzes über die Einführung eines Verhängungsnachweises für die handwerksmäßigen Gewerbe ersucht werden, muß die Freunde einer festen Handwerksorganisation mit Hoffnungen für die Zukunft erfüllen. Wie sich die verbundenen Regierungen zu dieser Resolution stellen werden, bleibt abzuwarten. Aber jedenfalls ist die öffentliche Meinung ihr nicht sehr ungünstig, und so haben die Handwerker thatsächlich Grund zur Zufriedenheit. Sie erhalten durch das neue Handwerkergesetz hinreichende Gelegenheit, sich zu organisiren, das Handwerk zu fördern und die Unentbehrlichkeit der Zwangsinnung ihren Berufsgenossen überzeugend erkennbar zu machen. Mit dieser Gewerkschaft können sie vorläufig zu Frieden sein.

Wie aus Kiel gemeldet wird, ist der Kaiser dort mit dem Erbgroßherzog von Oldenburg auf der Yacht „Meteor“ gestern Nachmittag um 1½ Uhr vom Handicap Gedenkförde-Stiel eingetroffen; kurz vorher war die Kaiserin angekommen. Der Kaiser blieb während des Nachmittags auf seiner Yacht, während die Kaiserin die Prinzessin Henriette von Schleswig-Holstein besuchte. Abends 7 Uhr begaben sich die Majestäten zum Admiral Köster, um dem Gartenfest zum Besten des Marine-Frauenvereins beizuwohnen. Nachdem die Majestäten eine Stunde dort gewest hatten, begaben sie sich zum Abendessen auf die „Hohengallern“, wo später der König der Belgier einen Besuch abstattete. — Der deutsche Vorkapitan beim Admiral v. Bülow, der aus Kiel und Friedrichshagen zurückgekehrt ist, und gestern vom Reichsfürsten Fürsten Hohenzollern empfangen wurde, begiebt sich zunächst auf mehrere Wochen in das Salzammergut, wo er mit seiner Familie zusammenzutreffen wird. — In Göttingen starb am Sonntag nach längerem Leiden der ordentliche Professor der Arzneimittellehre an der dortigen Universität **Geheimer Medizinalrath Dr. Marwig**. — Der kommandirende General unseres lothringischen Armeekorps **Graf Caseler** hat für Mannschaften des 16. Armeekorps in Lettenbach, einem landwirtschaftlich reigebollen kleinen Orte dicht bei Alberschweiler, ein „Gemeinschaftsheim“ ins Leben gerufen. — Der Gesamtvorstand der **Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896** hat den Arbeitsausschuß in seiner gestrigen Sitzung beauftragt, vorläufig von den Garantiefondszeichnern je 50 Prozent der von ihnen gezeichneten Beträge einzufordern. Etwa verbleibende Ueberschüsse sollen unter die Garantiefondszeichner vertheilt, etwa erforderliche Nachschüsse demnachst noch eingefordert werden. — Zum Direktor der künftigen höheren **Mädchen-schule** und des **Lehrerinnen-Seminars** zu Götting ist der Direktor Dr. Hofmann aus Mühlhausen gewählt worden. — Die vom Kaiser gestiftete **Medaille zur Erinnerung an die Hundertjahrfeier** ist dem Berliner Magistrat für 25 Stadträte, 94 Stadtvorordnete und 41 städtische Beamte zur weiteren Beförderung gesandt worden. — Die **preussische Zentrumsparlei** beschloß in ihrer gestrigen in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung eine Resolution, welche den Verzicht der Kostrimmung des bairischen Zentrums zum Reichszentrum entziehen zurückweist. — Wie aus Posen gemeldet wird, erklärt der „Dziennik“, daß seine Meinung über ein Verbot des Spielens der **Militärkapellen** in **polnischen Vereinen** aus Jertum beruhe. Es hätten zwar einige Zweifel bestanden, sie seien jedoch

von der Militärbehörde in zukunftsbestimmter Weise aufgegeben worden. — Die **Amtsentfegung dreier Geistlichen der hannoverschen Landeskirche**, die dieser Tage erfolgt ist, macht berechtigtes Aufsehen. Vom Konsistorium in Hannover wurde anlässlich des hundertjährigen Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. Lützen der Geden und Gebet angeordnet. Eine Anzahl evangelischer Geistlicher der Provinz gehörte in weissem Fanatismus dem Gebote des Konsistoriums nicht. Das Konsistorium hat nun die drei Geistlichen, welche der Anordnung nicht Folge geleistet und erklärt hatten, für einen tödlich, der 1866 das Hannoverland annektirt habe, kein Gebot leisten zu können und auch kein Gelübde anordnen zu wollen, vor ein aus Mitgliedern des Konsistoriums gebildetes Gericht gestellt. Es waren das die Geistlichen Pastor Wendebourg in Al-Wagner, Pastor Wendebourg in Gr. Gibe und Pastor Schlömer in Grasdorf. Gegen diese drei hat das Konsistorium auf Amtsentfegung erkannt. Die drei rentirenden Geistlichen haben auch nicht die geringste Garantie geben wollen, in Zukunft bei etwaigen patriotischen Anlässen den Anordnungen des Konsistoriums nachzukommen.

Berlin, 30. Juni. Der am 27. Juni gelegentlich des Festmahls zu Ehren der Königin von England in Kiel vom Kaiser \grave{a} la suite der deutschen Marine gestellte König der Belgier, Leopold II., ist der neunte Fürst, der diese Auszeichnung erhält. Der erste Fürst, dem diese Auszeichnung zu Theil wurde, war König Oskar II. von Schweden und Norwegen am 30. August 1888, da er zur Taufe des fünften Sohnes des Kaisers in Berlin weilte. Die zweite Verleihung erfolgte am 2. September 1890 an den Erzherzog Karl Stephan von Oesterreich, der in diesem Jahre an den großen deutschen Flottenmanövern Theil nahm. Am 7. Juni 1892 erfolgte die Stellung des Kaisers Alexander III. von Rußland \grave{a} la suite und zwar gelegentlich der an diesem Tage erfolgten Zwei-Kaiser-Zusammenkunft in Kiel. Am 9. Juni 1893 wurde Prinz Alfred von Großbritannien, Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha, \grave{a} la suite der Marine gestellt und am 7. April 1894 Prinz Ludwig von Italien, Herzog der Abruzzen. Gelegentlich der Eröffnungsfeierlichkeiten des Kaiser-Wilhelm-Kanals, am 19. Juni 1895, wurden Großfürst Alexis Alexandrowitsch, der Bruder des Kaisers Alexander III. von Rußland, und Prinz Thomas von Italien, Herzog von Genua, \grave{a} la suite der deutschen Marine gestellt, endlich im vorigen Jahre, am 5. September, Kaiser Nikolaus II. von Rußland. Kaiser Alexander III. ist inzwischen verstorben. Zur Zeit befinden sich also in der Ehrenstellung \grave{a} la suite der deutschen Marine je 1 deutscher, österreichischer, schwedischer und belgischer Fürst, sowie je 2 italienische und russische Fürsten. Der älteste ist König Oskar von Schweden (68 Jahre).

— Zu d. m. Rücktritt des Frhrn. von Marschall bemerkt die „Streuztg.“ u. A.:
 „Es wäre volksth. Dummheit, und zwar die thörichteste, weil sie Niemanden täuschen könnte, wenn wir behaupteten, die Konservationen bedenkten den Abgang des Frhrn. v. Marschall. Wenn sie etwas bedauert haben, so war es der Umstand, daß dieser aus ihren Reihen hervorgegangen, unzufolge arbeitame und begabte Staatsmann nach dem Scheiden des Fürsten Bischoff eine Erbschaft antrat, die in ihrer weiteren Entwicklung ihn vor Allen wirthschaftspolitisch in die entscheidende Gegnerkategorie zu ihnen drängte. Gewiß wird der unbefangene Beurth. hier zugeben, daß, besonders seit dem Fürst Hohenlohe Reichstänzer geworden ist, auch Frhr. v. Marschall in der auswärtigen Politik eine glückliche Hand bewies, aber die unseligen Handelsverträge werden für die Konservationen nicht mit seinem Namen verknüpft bleiben.“

Es ist vielleicht der Mühe werth, daran zu erinnern, daß für die „unigenen Handelsverträge“ mit Oesterreich zc. — deren notwendige Konfirmation die späteren mit Rußland und anderen Staaten waren — 20 Konfirmative gestimmt haben, während 36 Mitglieder dieser Partei dagegen votirten. Zu denselben, welche für die „unigenen Handelsverträge“ stimmten, gehörten Herr v. Mantuffel, der frühere, und Herr von Beckow, der jetzige Führer der Konföderation Reichstagsfraktion.

Der „damb. Korresp.“, der den Konferativen näher steht als den Liberalen, widmet dem Freiherrn v. Marschall einen ehrenhaften Nachruf; er ist der Meinung, der Staatssekretär habe, weil er in die Lage nicht mehr passe, „woher wahrscheinlich seine Ansicht mit dem Willen des Kaisers zusammentrifft“. Herr von Marschall gehe aber nicht wegen seiner Führung der ansehnlichen Angelegenheiten. Er, der konservativste Mann, ist der bestgeachtete Gegner der Konferativen, weil er sich unentstanden hat, in seinen Ante Staatsmann zu sein und nicht Parteipolitiker. Herr v. Marschall ist der Minister der Handelsverträge abhief, seine große Redegabe und Sackennutts trat in die Schranken, wenn es galt, die notwendig gewordene Wirtschaftspolitik parlamentarisch zu verteidigen und gegen agrarische Theorien, wie die „Kantierer“, Front zu machen. Damals führte Freiherr von Marschall die Politik, für die sich der Kaiser persönlich nachdrücklich engagierte, mit unvrgleichlicher Hingabe und Treue, und das haben die Konferativen, die diese Politik bekämpften, den früheren Genossen nicht vergessen. Sie liberalisierten ihn mit späten Pfeilen seitdem un, als er zur Wahrung seiner Ehre und zur Aufdeckung bözartiger Intriguen jene Gerichtsverhandlung veranlaßte, deren Einleitung der Kaiser selbst gewollt, da suchten sie ihm mit Eifer und hierans einen Strich zu drehen. . . . W stehen offenbar wieder vor einer Wendung der Politik, nicht der äußeren, aber der inneren, und da Freiherr v. Marschall auf wirtschaftspolitischen Gebiete eine markante und führende Persönlichkeit war, wird auch der Staatssekretär der Außenken von dieser Wandlung im Innern berührt. Als im Winter 1893—94 der deutsch-russische Handelsvertrag zur Verhandlung stand, wurde zur selben Zeit, als auf parlamentarischer Abenden der Kaiser selbst die Konserbativen zu gewinnen trachtete, ein Wort Niquels totporirt: „Die Konserbativen müßten rechte Eiel sein, wenn sie für den Vertrag stimmen!“ Die Kaiser

erbauten folgten dieser drastischen Mahnung, heute steigt der Stern Miquels zum Zenith, und Freiherr v. Marschall geht. Er nimmt mit sich den Ruf eines festen und ganzen Mannes, eines klugen und maßvollen Staatsmannes, und weite Kreise, insonderheit der deutsche Kaufmann und der deutsche Fabrikant, sehen ihn mit aufrichtigem Bedauern scheiden.

Erwähnung verdient noch eine Aeußerung des „Reichsboten“:

„Ob Herr von Marfchall, wenn er wieder gesund wird, wohl noch einmal zu einem höheren politischen Posten berufen werden wird? Die neuere Zeit verbringt in den höchsten Aemtern die tüchtigsten Männer so massenhaft, daß, da dieselben nicht so viel gefaßt sind und gar Mancher gerade durch die Aussicht auf den nächsten Sturz davon zurückschreckt, es schwer halten wird, immer eine genügende Anzahl befähigter Männer zur Verfügung zu haben. Ein haushälterisches Verfahren würde sich sehr empfehlen und dürfte sich vielleicht durch die Macht, der Thronjahren auch noch zur Geltung bringen.“

-- Herr v. Podbielski soll erklärt haben, er
nehme das Reichspostamt nicht gern an, doch
könnte er sich als alter Soldat dem Befehl des
Kaisers nicht entziehen. Mag diese Meinung nun
dementirt werden oder nicht, nachdem sie sich so
lange erhalten hat, verdient sie, schreibt die
„Magd.-Ztg.“, immerhin doch einmal etwas näher
betrachtet zu werden. Herr v. P. hat als Soldat
Sr. Majestät dem Kaiser Gehorsam zu leisten,
d. h. in militärischen Dingen; wenn er erklärt,
diese Gehorsamspflicht auch auf andere Gebiete
ausdehnen zu wollen, so ist das ein Akt persön-
licher Entschliebung und nicht militärischen Ge-
horsams. Das muß auch Herrn v. P. klar sein.
Es wäre dann in der ersten in die Öffentlichkeit
getragenen Aeußerung des angeblichen
künftigen Leiters unseres Postwesens eine diplo-
matische Unklarheit zu konstatiren. Die Geschichte
weiß von Männern, auch Soldaten zu berichten,
deren Treue gegen ihren König und Herrn ihnen
noch den Muth der eigenen Ueberzeugung ließ,
und mit Stolz trafen man die Berichte solcher
Mannheit. Hier hätte eine höhere Treue als die
des blinden Gehorsams erfordert, in aller Eyr-
furcht und Entschiedenheit den etwa entgegenzuset-
zenden Posten abzulehnen, unter Hinweis auf die eigene
Sachkenntniß. Mag dem nun aber sein wie
ihn wolle, es darf nicht unwidersprochen bleiben,
daß hier auch für nicht militärische Gebiete eine
militärische Gehorsamspflicht konstatirt wird.
Auf den einzelnen Fall angewendet, muß die
Befürchtung entstehen, daß unser Postwesen
künftig nicht mehr geleitet werden wird nach
Grundsätzen, die durch eigene Sachkenntniß und
Einsicht für dieses wichtige Verkehrsinstitut ge-
wonnen wurden. Wir brauchen aber Männer dar-
oben, die aus der Tiefe ihres Könnens die eigene
Ueberzeugung schöpfen, mit der sie stehen über-
fallen, und nicht alte Soldaten, die einfach
gehorschen.

— Die diesjährigen Sitzungen des internationalen Kongresses der Schiffsbauer und Schiffsmaschinenreue finden bekanntlich in der Zeit vom 5. bis 10. Juli in London statt. Als Vertreter der kaiserlichen Marine wird Kontreadmiral Videntmann an den Sitzungen theilnehmen. Von Seiten des Reichsmarineamts find der Chefkonstrukteur der kaiserlichen Marine, Wirklicher Geheimrer Admiralitätsrath Dietrich, ferner der Wirkliche Admiralitätsrath Langner und Kapitän Wüch, der deutsche Marineattaché bei der Botschaft in London bei dem Kongreß anwesend. Von Seiten des Reichsamts des Innern sind delegirt der Geheime Oberregierungsrath von Souqueres, Geheimer Regierungsrath und Direktor des Schiffvermessungsamtes Schulte und der Regierungsrath Rewald. Als Vertreter der preußischen Staatseisenbahnen wird Präsident Stranold anwesend sein, während der Verein deutscher Ingenieure durch seinen Präsidenten Kommerzienrath Kuhn und den Direktor Dr. Peters vertreten sein wird. Die übrigen deutschen Theilnehmer setzen sich zusammen aus den Vorgesetzten und Direktoren der großen Werften, beziehungsweise der großen Mchereien, sowie aus Fachleuten auf dem Gebiet des Marinewesens und Ingenieurwesens. Den Ehrenvorsitz bei dem in Rede stehenden Kongreß hat der Prinz von Wales übernommen. Als Vize-Ehrenpräsidenten fungiren der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, der Herzog von York, der erste Lord der Admiralität Mr. Georg J. Goschen und der Präsident der Handelskammer C. F. Wittil.

— In England hat sich eine Deutsch-Englische Vereinigung zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien gebildet. Am 1. Juni erließen siebzehn in England lebende Deutsche folgenden Aufruf:

Die Befraß der in England lebenden Deutschen find von der Thatfache ſchmerzich be-
rührt, daß zwischen Deutschland und Großbritannien eine politifche Spannung eingetreten
ift, die mit den Jahren zuzunehmen ſcheint. Wir
können unfere alten wie neuen Vaterlande die
ſchuldige Anhänglichkeit und Dankbarkeit nicht in
würdiger Weiſe ausdrücken, als daß wir den
Verſuch machen, auf die Beziehungen beider
Länder verſöhnend einzuwirken. Das Subſtanz
Ihrer Majeſtät der Königin giebt zur Gründung
des Vereins willkommene Gelegenheit. Wir
Unterzeichneten glauben, daß eine nahe Berbin-
dung der beiden Reiche die Zivilifation und das
Wohl der Menſchheit fördern würde, und daß
eine Entfrennung der Länder nicht nur als ein
unnatürliches Verhältniß, ſondern als ein Un-
glück für die Menſchheit betrachtet werden muß.
Wir wenden uns deshalb zunächſt an alle in
Großbritannien lebenden Frauen und Männer
deutſcher Abſtammung mit der Bitte und Mah-
nung, für unſere Vereinigung zu wirken, derſelben
benutzten und umgeben ihren Namen an
den unterzeichneten Schriftſtanz zu ſenden, be-
i die Mitglieder von weiteren Schritten in Kennt-
niß ſehen wird.“

Am Montag hatten sich bereits 60 Mitglieder, Deutsche und Engländer, darunter eine große Zahl herborragender Persönlichkeiten, diese erste Aufforderung zusammen gefunden. Es heißt dann weiter:

„Diese Thatsache ist nun so bemerkenswert, als wir bisher keinerlei Propaganda gemacht haben — und sie beweist gewiß, daß wir, soweit Großbritannien betroffen ist, für unsere Bestrebungen in den weitesten Kreisen Sympathien finden. Nicht nur die in England

lebenden Deutschen, (sondern auch namentlich die den oberen Klassen angehörenden Engländer) sehen mit aufrichtigem Bedauern, daß die politischen Beziehungen zwischen den beiden stammesverwandten Völkern getrübt sind, dieses Verhältnis ist ein unaufrichtiges und wir drücken die Ueberzeugung Tausender aus, wenn wir versichern, daß durch öffentliche Besprechung freitiger Fragen und durch Belehrung der Volks-Massen eine wesentliche Verringerung zum Besseren herbeigeführt werden kann. Wir wenden uns deshalb an unsere deutschen Landsleute und an alle in Deutschland lebenden Engländer mit der ersten Mahnung, im Sinne unserer Bestrebungen zu wirken und unserer Vereinigung beizutreten."

Auskunft erteilt und Meldungen nimmt an
der Sekretär der Englisch-Deutschen Vereinigung
(Anglo-German Association) Curt K. Abel-Mus-
grave, United Services College Westward Ho!
North Devon.

Daß die französischen Kommune, so oft es sich um Vorlagen über die Verklärung der Streikströfe zu Lande und zur See handelt, niemals eine abnehmende Haltung beobachten, ist bereits mehrfach konstatiert worden. Demersenswerth ist aber, daß gerade im rabiaten Feldlager weit über die Forderungen der Regierung hinaus eine Verkürzung der französischen Marine verlangt wird. Insbesondere ist es der Marine-Lochth, dessen weitgehende Reorganisationspläne viel von sich reden machten. Ein аж schenes Organ für Marinewesen, die in Moscovit erscheinen, „Tablettes des Deux-Charentes“ machen jetzt auch dem Marineminister Admiral Besnard bittere Vorwürfe, weil er den Kredit von 260 Millionen, den der Flottenauschuf der Kammer für den Bau neuer Kriegsschiffe verlangen will, für übertrieben hält. Der Auschuf möchte diesen Bau beschleunigen lassen. Der Minister hingegen ihn mit den zukünftigen Krediten auf die nächsten acht, statt auf bios drei Jahre vertheilen. Die „Tablettes“ beschuldigen nun den Admiral Besnard einer fräfslichen Nachgiebigkeit gegen den Finanzminister und die Majorität der Kammer, die nur an ihre Wiederwahl denke und wahrscheinlich meine, die Millionen der Stenerpflichtigen könnten eine bessere Verwendung bei der Begünstigung von Wahlmännern finden. Anders vermöge man sich seine Haltung nicht zu deuten. Die „Patrie“ giebt dem Provinzialblatte, das in Flottenangelegenheiten für eine Autorität gilt, vollkommen recht und stellt den Marineminister vor die Wahl, zu handeln oder seinen Rücktritt zu nehmen; denn Frankreich wolle eine mächtige Flotte haben, die Kammer fange an zu begreifen, wie notwendig dies sei, und ein Marineminister, der diese Ueberzeugung nicht theile, dürfe nicht länger am Amden bleiben.

Madrid, 29. Juni. Der Aufstand auf Cuba scheint trotz aller antiligen Versicherungen bedrohlicher als jemals, man spricht von der bevorstehenden Abführung von 20 000 Mann Verstärkung. Die Monatsausgaben würden dadurch um 60 Millionen Pesetas gesteigert werden. Sagastas Manifest findet allenthalben, auch in liberalen Kreisen, abfällige Beurtheilung.

London 29. Juni. In dem Frühstück, welches heute Nachmittag 2 Uhr in der deutschen Botschaft zur Ehren der Großprinzessin und der Prinzessin Feodora von Sachsen-Meiningen stattfand, nahmen u. a. Theil: der österreichische Botschafter Graf Deym, der russische Botschafter von Gaal, beide mit Gemahlin und Tochter, der Marquisse von Wundford mit Tochter, die Herzoge von Marlborough und von Buccleuch, Prinz zu Hohenlohe und Baron Erhardtstein mit Gemahlinnen sowie der brasilianische Gesandte de Souza-Correia. Die kommandirenden Offiziere der fremden bei Spithead liegenden Kriegsschiffe unternahmen heute unter Führung des Komre-Admirals Rice von der hiesigen Verkeim einen Ausflug zur Besichtigung des Arsenalen von Portsmouth. Nach einem offiziellen Empfang besuchten sie das Panzerschiff "Cäsar" und eine Anzahl anderer Anlagen von Interesse und nahmen schließlich das Frühstück unter Vorsitz des ersten Vorgesetzten der Admiralität, Goltzen, ein. Der "König Wilhelm" geht heute nach Kiel ab. Das österreichisch-ungarische Kriegsschiff "Bien" wird voraussichtlich morgen die Wörther See verlassen.

London, 29. Juni. Der Ansehng des Unterhauses zur Untersuchung der südafrikanischen Angelegenheit hielt heute bei verschlossenen Thüren eine Sitzung ab, um den Bericht festzustellen. Die Vernehmung weiterer Zeugen ist nicht beabsichtigt.

Ein Artikel der „Contemp. Rev.“, gezeichnet „Dnaissetor“, macht die Enthüllung, die Untersuchung sei so plötzlich auf Anregung der Königin geschlossen worden; sie wünschte, die von ihm dem deutschen Kaiser und anderen Regierungen erteilte Versicherung, daß die britische Regierung an Jamesons Einfall in Transvaal in keiner Weise kompromittirt sei, möge völlig intact bleiben. (3)

Stockholm, 28. Juni. Der Trinkspruch, welchen der König bei der Festtafel in Drottningholm auf den internationalen Journalistenkongreß in französischer Sprache ausbrachte, lautete:

Meine Herren! Mit aufrichtiger Gemüthung begrüße ich heute die Mitglieder des internationalen Journalistenkongresses als meine Gäste. Es drängt mich vor allem, Ihnen anzuregen zu bezugehen, wie sehr mich die zahlreichen Beweise von Sympathie ergriffen haben, die Ihnen der Kongreß gegeben hat und die mir um so werthvoller sind, da ich sie als gleichzeitig ein Schwaben gerichtet ansehe. Unter den Einrichtungen der gegenwärtigen Zeit nimmt die Presse unbestreitbar einen der hervorragendsten Plätze ein. Die Macht, welche sie besitzt, scheint in der That eine überwältigende zu sein, und so lange die Presse, wie es sich gehört, sich der hohen Verantwortlichkeit bewußt bleibt, welche die unermessliche Folge ihrer Macht ist, muß ich sicher auch als eine große Wohlthat für die menschliche Gesellschaft betrachtet werden. Das schwedische Volk empfindet daher berechtigete Freude darüber, daß der vierte internationale Journalistenkongreß Stockholm als Versammlungsort für dieses Jahr gewählt hat. Ich

nade mich, dessen Dolmetsch, in dem ich un-
nally dafür bante und ich hoffe, daß Sie von
uns angenehme Erinnerungen und günstige
Eindrücke mit hinwegnehmen werden. In
der That wird die Erinnerung, welche
Ihre Verweilen unter uns zurückläßt, sich
johald nicht verwiſchen. Schweden ist eines
der Länder, wo die konſtitutionellen Freiheiten
die älteſten und tiefeſten Wurzeln haben. Die
Freiheit der Preſſe namentlich iſt hier, man
kann ſagen, thatſächlich faſt unbegrenzt. Mit
ſeiner Liebe zur Freiheit und Unabhängigkeit hat
inſeſſen unſer Land ſtets die Achtung vor der
Geſamtheit und die Loyalität zu vereinigen
gewußt. Seine Geſchichte beweiſt es, daß die
ſehr ſeltenen, vorübergehenden Ausnahmen nur
die Regel beſtätigen. Einſt wurden unſere
ſchwediſchen Fahnen gar weit über die Grenzen
des Vaterlandes getragen, aber die Begebenheiten
dieser ruhmreichen, wennſie nicht immer
glücklichen Zeit ſind nur noch eine Erinnerung
dieſes Volk, Nachkommen der alten Wäſinger,
ſtrebt in unſern Tagen nur noch nach dem
Ruhme frieblicher Großthaten und nach Siegen
auf dem Wege der Geſittung. Sie werden ſich
während dieſer Tage hier ſelbſt ein ziemlich ge-
nauſes Urtheil haben bilden können über die
Entwicklung der vereinigten Königeiche der
ſkandinaviſchen Halbinſel in der glücklichen und
friandlichen Periode dieſes Jahrhunderts, das ſich
ſeinem Ende zuneigt. In dem Wunſche, ſtets
in gutem Einvernehmen und in durchaus
freundschaftlichen Beziehungen mit allen zivil-
ſiſirten Nationen zu leben, haben die Bröder-
völker, an deren Spitze mich die Vorſehung ge-
ſtellt hat, das Vertrauen, Ihre Sympathien zu
verdienen und zu gewinnen. Als einen koſtbaren
Beweis ſolcher Empfindungen ſtelle ich Ihre An-
weſenheit hier mit Freunden und bringe mit
der Verſicherung vollkommener und herzlichſter
Gegenſeitigkeiſt dieſen Erntnupß aus zu Gren-
des vierten internationalen Kongreſſes der Preſſe

Brüssel, 29. Juni. 12 000 Bergarbeiter des Kohlenbezugs Mons sind in Folge der von den Bezen erlassenen Arbeitsordnung ausständig geworden.

— 2. Stettin, 30. Juni. Evangelisch-er Arbeiter-Verein. In der gestrigen im Engelhardt'schen Saale abgehaltenen außerordentlichen Männer-Versammlung, die auch von vielen Gästen besucht war, hielt Herr Hofprediger a. D. Stöcker einen Vortrag über das Thema: "Wie ist das Wachsthum der Sozialdemokratie zu erklären." Redner folgte in seinem 1 1/4 stündigen Vortrage etwa folgendes aus: Es giebt gegenwärtig keine wichtigere Frage als die des Umflurses, da dieser die Verwischung des ganzen Volkslebens bedeutet. Da müsse man sich fragen: Worin wurzelt diese Bewegung? Was kann man thun, um ihr Wachsthum zu hindern? Dabei müsse man zugeben, daß gerade jetzt wieder eine große Verunsicherung einge treten und das neue Vereinsgesetz als Ergebnis dieser Strömung anzusehen sei. Mit dem unaufhörlichen Wachsthum der Sozialdemokratie wird die ganze arbeitende Klasse vor die Frage gestellt, ob sie sich den Umflurzbewegungen anschließen will oder nicht. Seine persönliche Ansicht über die Gefährlichkeit des Wachstums der Sozialdemokratie sei nun, daß je mehr diese wächst, desto weniger revolutionär erscheint sie, und unter den 1 1/4 Millionen sozialdemokratischen Wähler sind viele, die gar nicht an eine blutige Revolution denken. Vor 20 Jahren sei es anders gewesen, heute sei ein großer Untrug sich gegen die damalige Strömung vorhanden. Wollte man sich diese Erscheinung erklären, so komme man zu der Thatsache, daß die heutige Sozialdemokratie weder in sozialem, noch in demokratischem Sinne, sondern allein in ihrer unheimlichen Agitation gefährlich sei. Ueber Lassalle, der seiner Zeit vom Staat 100 Millionen Taler forderte, um die Arbeiter auf eigene Füße zu stellen, sei man längst zur Tagesordnung übergegangen, aber auch Bebel's Zukunftsstaat, in dem es kein Privatvermögen, sondern nur noch National-Eigenthum geben sollte, in welchem man nur vom 16. bis 28. Jahre und zwar täglich 2 Stunden arbeiten sollte, ist bereits ein überwundener Standpunkt. Heute müsse man überhaupt nicht recht, was man eigentlich wolle, und habe nur zwei Ansichten: das sogenannte Gesetz einer unbegrenzten Entwicklung, dessen Wirkung abzuwahren sei, und die von Marx aufgestellte sogenannte materialistische Geschichts-Entwicklung, die in ihrer unwahren Weise das Christenthum gänzlich übergebe. Selbst von dem bisher allgemein aufgestellten Grundsatz, daß die Produktionsmittel nicht mehr als im Privatbesitz bleiben sollen, sei von einem Theile der Sozialdemokratie bereits abgetraten, weil damit bei der künftigen Bevölkerung nichts zu machen ist. Da sei man nun dahin gekommen, nur das große Eigenthum verstaatlichen zu wollen, das kleine jedoch, besonders auf dem Lande, im Privatbesitz zu lassen. Wie solle das wohl durchgeführt werden? Sollte Derjenige, der 51 Morgen Land besitze, diese dem Staat abtreten, während der mit 50 Morgen feins begabten dürfe? Aus alledem gehe hervor, daß die heutigen Führer der Sozialdemokratie überhaupt kein Sozialisten, sondern nur Träumer seien, die ihren Anhängern ein Schlaraffenland vormachen, das niemals bestehen könne. Was nun das Demokratische der Sozialdemokraten anbelange, so müsse zustanden werden, daß sie gefährliche Feinde der Obrigkeit und des Vaterlandes seien, daß sie mit den Franzosen in einer Weise paktiren, die sich kein Vaterlandsfreund irgend eines Landes gefallen lassen würde, daß sie sich pöbelhaft benehmen wenn sie beim Hoch auf den König stehen bleiben, — aber dennoch haben sie seit 20 Jahren einen andern Ton eingeschlagen: sie haben eingelesen, daß die blutige-revolutionäre Neben zu nichts führen, und während sie früher Attentate verberlichten, stellt sich jetzt beispielsweise von Vollmar auf den patriotischen Standpunkt, allerdings um die bairischen Bayern sich zu gewinnen. Die größte Gefahr liege darin, daß die Sozialdemokraten das ganze religiöse und sittliche Bewußtsein unterdrücken wolle, sich nicht absteigend und will nichts von Gott wissen.

1890